

«Man muss die Kündigung in Kauf nehmen»

Für Christoph Blocher wiegen die bilateralen Verträge mit der EU die Nachteile der Zuwanderung nicht auf. Im Gespräch mit Michael Schoenenberger und Tobias Gafafer erklärt er zudem, warum er gerade jetzt seine Bundesratsrente beziehen will

Herr Blocher, haben Sie die Sommerferien genutzt, um Ihr Italienisch zu verbessern?

Ich spreche leider kein Italienisch. Dies überlasse ich unserem Präsidenten ...

Marco Chiesa spricht nur schlecht Deutsch ...

Marco Chiesa spricht flüssend die beiden Landessprachen Italienisch und Französisch und viel besser Deutsch als wir Deutschschweizer eine andere Landessprache.

Chiesa ist eine Notlösung – die SVP muss in der Deutschschweiz mit starker Stimme präsent sein.

Das wird sie. Und als starke Partei kann sie sich einen Präsidenten aus einer sprachlichen Minderheit leisten. Wichtig ist, dass er aus einem Gebiet kommt, in welchem die zentralen Themen der Schweiz eine grosse Rolle spielen: die Migration, die Zuwanderung, die Grenzgänger auf dem Arbeitsmarkt, die Nähe zur EU und die Betroffenheit in der Corona-Krise ... Die Tessiner wissen aus dem Alltag genau, was eine Anbindung an die EU bedeutet.

Blieben wir noch etwas beim Personalen. Früher hatte die SVP alles: Financiers, Strategen, Scharfmacher, Organisatoren, Programmgestalter, Sympathieträger. Heute findet die Partei nur mit Mühe einen Präsidenten.

Sie hatte stets – wie heute – Bauern, Gewerbler, Bürger und relativ wenige Financiers. Und wir haben stets mit Mühe einen Präsidenten zu diesem Amt bewegen müssen. Es waren stets gute! Das Ausschlaggebende ist die Gradlinigkeit zur Wahrung der Erfolgsfaktoren der Schweiz. Nach den Verlusten in den siebziger Jahren schwenkten die FDP und die CVP nach links, weil die Linke damals erfolgreich war. Die SVP tat das Gegenteil. Sie blieb eine liberal-konservative Partei. Sie vertritt die Werte, die die Schweiz stark gemacht haben: Unabhängigkeit, Souveränität, direkte Demokratie, Neutralität, Freiheit. Bis heute setzt sich die SVP als einzige Partei konsequent dafür ein.

Abgesehen von den Grundwerten der SVP fällt doch auf, dass es bei anderen Themen an Geschlossenheit mangelt. Chiesa war für den Vaterschaftsurlaub. Wird die SVP sozial?

Wenn man unter «sozial» den Sozialismus versteht, dann sicher nicht! Wir hatten mit Toni Bortoluzzi einen guten Sozialpolitiker. Seit seinem Rücktritt ist hier eine Lücke. Sie muss gefüllt werden.

Unterschiedliche Positionsbezüge waren in der SVP früher eine Seltenheit. Keiner hat sich getraut. Das ist heute anders – es zerfleddert.

Das stimmt nicht. Wir trugen und tragen interne Meinungsverschiedenheiten offen und in guter Streitkultur aus. Bei der Begrenzungsinitiative gibt es wie schon bei der Masseneinwanderungsinitiative 2014 Abweichter wie Peter Spuhler. Sie vertreten leider die Interessen von Managern. Beim Vaterschaftsurlaub sind es ein paar Lateiner, die etwas aus der Reihe tanzen. Bei den Grundwerten ist die SVP geschlossen: Sie will keinen Souveränitätsverlust für die Schweiz und ihre Bürger. Gespalten wie die Freisinnigen, die den unsinnigen Vaterschaftsurlaub mit lediglich 134 zu 133 Stimmen abgelehnt haben, sind wir nicht.

Was ist aus Ihrer Sicht der Grund, warum in dieser Frage ein Graben durch die FDP geht?

Wie gesagt: Das geht auf die grosse Weichenstellung nach den siebziger Jahren zurück. FDP und CVP sprachen von Öffnung. Diese sollte nach links erfolgen. Sie taten, was viele in der Krise tun: Sie passen sich der Konkurrenz an. Sie öffnen sich, werden breiter. Das ist falsch. Es ist wie in der Wirtschaft: Geht es dem Unternehmen schlecht, nützt es



Christoph Blocher bei seinen «Ankern» zu Hause in Herrliberg.

SIMON TANNER / NZZ

nichts, das Gleiche zu machen wie die Konkurrenz. Wir von der SVP taten von Zürich aus das Gegenteil, was sich dann in der Gesamtpartei durchsetzte und Erfolg brachte.

Sie konnten sich damals ins Fäustchen lachen, als sich die Katholisch-Konservativen öffneten, inhaltlich und hin zu urbanen Regionen.

Ja, klar ... (lacht). Schon das Motiv war falsch. Für einen Moment kann dies helfen. Ein paar Neue von der linken Seite stiessen dazu. Doch dann schmolz der klare Kurs: Die CVP hat die Konservativen weitgehend an uns verloren, und die FDP müht sich seit bald zwanzig Jahren mit Flügelkämpfen ab. Sie können es niemandem recht machen. Der Vaterschaftsurlaub ist ein typisches Beispiel dafür.

Sie werden im Oktober 80. Werden Sie sich weiterhin so stark innerhalb der SVP engagieren?

Innerhalb der SVP nicht. Ich werde mich politisch engagieren, wenn ich es für wichtig halte und solange ich die Kraft dazu aufbringen kann. Der Wert des Alters ist der grosse Erfahrungsschatz, und diesen kann man einbringen, wo er nötig ist.

Sie kokettieren. Noch sind Sie der Übervater, der für fast alle in der SVP massgebend ist.

«Übervater» existiert in unserem Organigramm nicht (lacht). Natürlich weiss ich auch: «Uf di alte Chläus cha me nöd ewig lose.»

Blieben wir beim Thema Alter: Warum sind Sie plötzlich auf die Idee gekommen, Ihre Bundesratsrente doch zu beziehen?

Den Bundesräten steht ein Ruhegehalt – es ist keine Altersrente – von Rechts wegen zu. Ich wusste anfänglich nach der Nichtwiederwahl nicht, wie ich mich diesbezüglich verhalten

soll. Darum liess ich dies 2008 abklären, und die Bundeskanzlei bestätigte mir, dass man das Ruhegehalt auch später beziehen könne. Ich habe dann 2008 öffentlich bekanntgegeben, dass ich das Ruhegehalt jetzt nicht beziehe, aber auf den Rechtsanspruch nicht verzichte.

Mitten in der Corona-Krise wird die SVP-Basis den Rentenbezug kaum verstehen.

Sie fragen sich, warum gerade jetzt? Ich hatte Zeit zu überlegen. Würde ich das Ruhegehalt nicht beziehen, wäre das ein Geschenk an den Staat. Dann sagte ich mir: Würde ich eine Liste erstellen mit unterstützenswerten Dingen meinerseits, käme der Staat weit hinten.

Und was machen Sie mit dem Geld? Ich gebe es ganz sicher viel sinnvoller aus als der Bund.

Für einen wohltätigen Zweck? Ich habe vieles mit dem Vermögen getan, und das wird auch so bleiben.

Nochmals: Wer bekommt Ihre Bundesratsrente?

Das müssen Sie meine Sorge sein lassen. Ich hänge das nicht an die grosse Glocke. Aber jene, die es bekommen, die wissen es schon. Allerdings habe ich die Erfahrung gemacht, dass jene, die das Geld geben, sich länger daran erinnern als jene, die es bekommen (lacht).

Gemäss der ersten SRG-Umfrage dürfte die Begrenzungsinitiative wuchtig verworfen werden. Wie wollen Sie das Ruder noch herumreissen?

Wenn Umfragen stimmen würden, wäre die Schweiz heute Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und der EU. Sie wäre also nicht mehr die Schweiz. Bevor Otto Fischer und ich 1992 begannen, uns gegen den EWR zu engagieren, waren angeblich 80 Prozent des Stimmvolks für einen Beitritt. Am Ende stimmten jedoch über 50 Prozent

dagegen. Die Ausschaffungs-, die Minarett- und die Masseneinwanderungsinitiative wären gemäss Umfragen abgelehnt worden. Bei der Begrenzungsinitiative werden wir sehen. Aber sie ist schon erfolgreich – unabhängig vom Resultat der Abstimmung.

Wie meinen Sie das?

Die Initiative führt in eine Win-win-Situation. Bei einem Nein zur Initiative tragen nicht wir, sondern die Gegner die Verantwortung. Die Personenfreizügigkeit wird für die Schweiz zu einem immer grösseren Problem, besonders jetzt, bei dieser Wirtschaftslage. Dann ist die SVP in einer starken Position, um Abhilfe zu schaffen. Wenn wir gewinnen, was für das Land gut wäre, ist zu befürchten, dass auch diese Abstimmung von der Classe politique hintertrieben wird. Dabei schreibt die Bundesverfassung seit 2014 vor, was zu tun wäre. Der Bundesrat wäre verpflichtet gewesen, mit der EU zu verhandeln, tat es aber nicht.

Weil die EU es ablehnte, über die Personenfreizügigkeit zu verhandeln.

Obwohl sie gemäss Vertrag verpflichtet wäre. Hätte der Bundesrat als Folge glaubwürdig mit der Kündigung gedroht, dann, das garantiere ich Ihnen, hätte die EU verhandelt.

Die Schweizer Wirtschaft leidet unter der Corona-Krise. Es ist nichts als eine Dummheit, jetzt auch noch die Wirtschaftsverträge der Bilateralen I mit der EU aufs Spiel zu setzen.

Im Gegenteil. Gerade in solchen Krisenzeiten ist der freie Personenverkehr ein riesiges Problem. Jetzt ist Zeit, die kommende Katastrophe durch die Begrenzung der Zuwanderung zu verhindern. Der Wert der übrigen bilateralen Verträge wird zudem überschätzt. Sie wiegen für die Schweiz die Nachteile der ungebremsten Zuwanderung nie auf. Von grosser Bedeutung für das Land und die Wirtschaft sind sie nicht.

Die SVP ist es gewohnt, Klartext zu sprechen. Warum spielt Ihre Partei nun die Folgen der Begrenzungsinitiative für die Bilateralen herunter?

Wir sind stets gegen die Überhöhung dieser Verträge angetreten. Der Fall ist klar: Bei einer Annahme der Initiative müsste der Bundesrat mit der EU über die Beendigung der Personenfreizügigkeit verhandeln. Wenn sie dazu nicht bereit ist, muss die Schweiz das Abkommen kündigen.

Und damit in Kauf nehmen, dass wegen der Guillotine-Klausel auch die restlichen Verträge der Bilateralen I wegfallen?

Das ist zwar nicht das Ziel, aber in Kauf nehmen muss man dies. Es betrifft von den über hundert Verträgen, die wir mit der EU abgeschlossen haben, nur sechs. Wie gesagt, der Wegfall wäre unbedeutend. Bundesrätin Karin Keller-Sutter sagt, ein Jahr zur Begrenzungsinitiative wäre schlimmer als der Brexit. Ob dieser schlimmer wird, wissen ich und die Frau Bundesrätin nicht. Aber die Engländer sind in einer schwierigeren Situation als wir: Sie müssen nach dem Austritt bei null anfangen. Die Schweiz hat mit der EU das Freihandels- und viele andere Abkommen. Sie alle sind nicht Teil der Bilateralen I.

Nochmals: Die Kündigung der Bilateralen I nehmen Sie jedoch in Kauf?

Natürlich. Die EU wird dies wohl nicht zulassen. Aber in Kauf nehmen muss man dies. Die Befürworter behaupteten vor den Europa-Abstimmungen – auch im Vorfeld des EWR-Beitritts – stets, eine Ablehnung wäre eine Katastrophe. Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz sprach von einem schwarzen Sonntag. Das Gegenteil trat ein. Das EWR-Nein war ein Erfolg für das Land und die Wirtschaft.

Auch dank den Bilateralen, die die Schweiz in der Folge aushandelte.

Die Hochkonjunktur setzte schon 1997 ein. Die ersten bilateralen Verträge traten erst 2002 in Kraft! Wir stehen besser da, weil die Schweiz ausserhalb der EU geblieben ist. Aber in den bilateralen Verhandlungen kam die Schweiz der EU zu stark entgegen. Man akzeptierte auf Geheiss der EU die Personenfreizügigkeit und die Guillotine-Klausel. Man schuf diese Verträge, um schneller der EU beitreten zu können. Der Chefunterhändler der Bilateralen I war Jakob Kellenberger, ein bekennender EU-Turbo. Er wollte direkt in die EU. Würde der Schweizerische Metzgermeisterverband einen Vegetarier suchen, um für ihn vorteilhaft zu verhandeln? So kam die Guillotine-Klausel, um die Anbindung der Schweiz an Brüssel nicht mehr zu stoppen. Mit dem geplanten Rahmenabkommen wird alles noch schlimmer werden.

Das Rahmenabkommen ist vorderhand aufs Eis gelegt. Was erwarten Sie vom Bundesrat, falls das Stimmvolk die Begrenzungsinitiative ablehnt?

Das Eis wird sofort aufgetaut. Der Bundesrat will das Rahmenabkommen. Breite Kreise in der Politik und Wirtschaft möchten, dass die Schweiz fremdes Recht und die fremden Richter akzeptiert und dass die direkte Demokratie ausser Kraft gesetzt wird. Damit würden wir unsere Unabhängigkeit so weit aufgeben, dass nicht mehr klar wäre, ob wir besser in oder ausserhalb der EU sind. Der Bundesrat merkt

«Übervater» existiert in unserem Organigramm nicht.»

zwar mehrheitlich, dass der Rahmenvertrag nicht durchkommen wird. Deshalb versucht er, das Volk zu täuschen. Er wird anstreben, sich mit der EU in nebensächlichen Fragen zu einigen, um dann von einem Durchbruch zu reden.

Was wäre die Alternative, falls das Rahmenabkommen scheitert? Die EU verlangt von Grossbritannien selbst für ein simples Freihandelsabkommen weitgehende Konzessionen, etwa bei den Staatsbeihilfen.

Wir müssten der EU klarmachen, dass wir mit ihr weiterhin freundschaftliche Beziehungen wollen und bereit sind, Abkommen abzuschliessen, wenn es im Interesse von beiden Seiten ist. Aber wir müssten ihr auch klarmachen, dass wir die Souveränität und die direkte Demokratie, den Föderalismus und die Neutralität nicht preisgeben.

Die volle Souveränität ist doch eine Lebenslüge. In elischen Bern und Brüssel keine Verträge gibt, vollzieht die Schweiz einfach autonom EU-Gesetze nach ...

Auch wenn ich den autonomen Nachvollzug von EU-Gesetzen oft abgelehnt habe, ist dieser nicht per se ein Widerspruch zur Souveränität. Wenn die Schweiz autonom eine Gesetzesanpassung als wichtig erachtet, dann will sie das. Ein Beispiel: Die Schweiz hat beschlossen, die Beschriftung der Autobahnen wie die EU zu handhaben. Es ist wohl sinnvoll, dass grüne Strassen nicht nur in unseren Nachbarländern, sondern auch bei uns für eine Autobahn stehen. Wenn die Schweiz aber generell verpflichtet wird, dass die EU in Zukunft unsere Gesetze diktiert, fremde Richter entscheiden und die direkte Demokratie so ausser Kraft gesetzt wird, dann ist dies ein massiver Eingriff in die Souveränität.